

Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek

ORF-Sendereihe "Bürgeranwalt" – Ausstrahlung vom 11.7.2009

Nachgefragt: Neues im Streit um Behindertenrampe in Rottenmann

Wie bereits berichtet ist in Rottenmann rund um die Errichtung einer Behindertenrampe zu einem Geschäft ein Streit entstanden. Der Bürgermeister hat zwar Handlungen gesetzt, aber das baubehördliche Bewilligungsverfahren noch immer nicht eingeleitet und statt dessen dem Betreiber des Geschäftes einen Alternativvorschlag vorgelegt, der in zwei Gemeinderatssitzungen diskutiert wurde. In der Nebengasse soll ein neues Portal errichtet werden und im Zuge dessen auf öffentlichem Grund eine Rampe gebaut werden. Darüber muss nun die Eigentümerin befinden. Damit hat die Gemeinde der Kritik der Volksanwaltschaft Rechnung getragen, ebenso wie die Bezirkshauptmannschaft Liezen, die die Kritik der Volksanwaltschaft in allen Punkten anerkennt. Offen ist nach wie vor die Entscheidung über das baubehördliche Verfahren, kritisierte Volksanwältin Brinek.

Nachgefragt: Findling als Stolperstein – weiterhin keine guten Nachrichten für die verletzte Beschwerdeführerin

Die Beschwerdeführerin, die über einen im Haltestellenbereich abgelegten Stein zu Sturz gekommen ist, wartet vergebens auf Schadenersatz durch die Gemeinde Wien. Die Volksanwaltschaft hat in ihrem Wien-Bericht die Gemeinde Wien als Hauptschuldige für diesen Unfall identifiziert (ein Hindernis wurde aktiv geschaffen). Dennoch hat sich der Wiener Gemeinderat dafür ausgesprochen, jede Art von Schadenersatzanspruch abzulehnen. Die Volksanwältin stellt fest, dass es sich um einen klaren Missstand in der Verwaltung handelt.

Nachgefragt: Eine Baugrube in Kottingbrunn wurde endlich nach über drei Jahrzehnten verfüllt

Die genannte Baugrube wurde nun im letzten Moment verfüllt und damit eine Ersatzvornahme durch die Bezirksbehörde nicht mehr notwendig. Die Feuermauer der Beschwerdeführerin wurde – wie gefordert – im unteren Bereich verputzt, weitere Arbei-

ten an der Mauer können nun problemlos erledigt werden. Volksanwältin Brinek ist erfreut, dass ein jahrelanger Missstand nunmehr endlich beseitigt wurde.

Nachgefragt: Grundabtretung für Nutzung als Verkehrsfläche in Wiener Neustadt

Die Gemeinde Wiener Neustadt hat die Planungsabsicht, eine Verkehrsfläche zu errichten fallen gelassen und ist dabei, die ehemals abgetretenen Grundflächen an die Beschwerdeführer zurück zu geben. Der positiv begonnene mehrstufige Prozess des Gemeinderates, in welchem öffentliches Gut wiederum in Privateigentum umgewandelt wird, lässt auf die Zufriedenstellung der Beschwerdeführer hoffen.